

Bei anderen gelesen

Menschenrechte in den USA

Die Kommunistische Partei der USA hat im Juni 1977 ein Taschenbuch herausgegeben, in dem die Menschenrechtskampagne bestimmter Kreise Washingtons der Situation in den Vereinigten Staaten gegenübergestellt wird. Dieses Buch ist jetzt in deutscher Übersetzung in der Reihe „Marxismus aktuell“ vom Verlag Marxistische Blätter (Frankfurt/Main) herausgebracht worden.

Es befaßt sich mit der Schlußakte von Helsinki und ihrer Verwirklichung in den USA, mit den Menschenrechten der Afroamerikaner und der anderen in besonderer Weise unterdrückten Minderheiten in den USA, mit den Menschenrechten vor US-amerikanischen Gerichten und in den Gefängnissen, mit den Menschenrechten der älteren Generation, mit dem Wahlrecht, der Rolle der Massenmedien, mit Fragen der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie mit der Haltung der USA zur Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen.

Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Buch, das unter dem Titel

„Schau heimwärts, Jimmy Carter!
— Menschenrechte in den USA —“

erschienen ist.

Die Kommunistische Partei der USA legt im folgenden Faktenmaterial vor, das zu enzyklopädischen Ausmaßen erweitert werden könnte. Aber wir verweisen hier nur schlaglichtartig auf den tatsächlichen Stand der Wahrung der Menschenrechte in unserem Land. Kein aufrecht gesonnener Mensch, unbesehen seiner politischen Anschauungen, kann diese Fakten zur Kenntnis nehmen, ohne empört zu sein über die Demagogie eines Jimmy Carter und seiner Menschenrechtskampagne.

Diese Menschen beginnen die Forderung zu erheben, die Regierung Carter möge endlich anfangen, etwas für die Menschenrechte hier zu Hause, für die Masse des amerikanischen Volkes, zu tun, anstatt sich für die Rechte einer Handvoll profiteursüchtiger Monopolisten stark zu machen.

Im folgenden wird nur eine knappe Zusammenfassung verschiedener Formen der Unterdrückung der Menschenrechte durch den Staatsapparat gegeben.

In den letzten Monaten sind eine Anzahl US-amerikanischer politischer Gefangener in das Blickfeld des Interesses der internationalen Öffentlichkeit gerückt. Am bekanntesten von ihnen sind Pfarrer Benjamin Chavis und die „Zehn von Wilmington“, neun junge schwarze und ein weißer Bürgerrechtskämpfer, die zusammen zu 282 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, weil sie eine Kirche in der schwarzen Gemeinde Wilmington, North Carolina, gegen eine viertägige bewaffnete Belagerung des Ku Klux Klan und anderer Rassenfanatiker verteidigt haben. Selbst bei 2 000 bekanntgewordenen Justizirrtümern und trotz des Widerrufs der drei Hauptzeugen der Anklage, die aussagten, daß sie auf Grund von Drohungen oder der Zusage staatlicher Zuwendungen die Unwahrheit gesagt hätten, ■ bleiben die Freiheitskämpfer weiterhin im Gefängnis.

Die „Zehn von Wilmington“ sind nur die bekanntesten von Tausenden von Gefangenen, die ihrer Überzeugung wegen in Haftanstalten sitzen; dazu kommen Zehntausende ehemaliger Soldaten, die dem imperialistischen Aggressionskrieg in Indochina Widerstand leisteten und deshalb zum Exil gezwungen oder in Gefängnisse gesteckt wurden; Auch die Amnestieerlasse ließen ihnen keine Gerechtigkeit widerfahren.

Weitere bemerkenswerte Fälle sind die von Dr. James Grant und den „Drei von Charlotte“, North Carolina, die zu insgesamt 55 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, weil sie angeblich einen Viehstall angezündet haben. Sie wurden auf Grund der falschen Zeugenaussagen von zwei bekannten Drogenhändlern verurteilt, denen das Justizministerium bis zu 80 000 Dollar Bestechungsgelder zahlte, um diese Organisatoren der Bürgerrechts- und Antikriegsbewegung aus dem Wege zu räumen.

Ein weiteres Beispiel sind Donald Smith und die „Elf von Ayden“, Studenten, deren Jugendorganisation für die

Bürgerrechte an den Schulen ihrer Heimatstadt eine Kampagne zum Gedenken an den Geburtstag Martin Luther Kings jr. führte, und zwar gegen den Willen des örtlichen Ku Klux Klan, der mit der Bombardierung der Schule drohte. Diese Jugendlichen wurden zu insgesamt 133 Jahren Gefängnis verurteilt, weil in einem der Schulräume tatsächlich eine Bombe explodierte. Sie wurden auf die falsche Aussage eines dreizehnjährigen Jungen hin verurteilt, der eine Woche in Einzelhaft gehalten und von der Polizei mit dem Tode bedroht wurde, falls er nicht ihren Wünschen entsprechend aussagte.

Ronnie Long, ein zwanzigjähriger Schwarzer, der sich aktiv für die Belange der Gemeinde in Concord einsetzte, einer Stadt, die fast ganz der Cannon-Textilfabrik gehört, wurde zu lebenslänglicher Gefängnishaft verurteilt, weil er angeblich die betagte Ehefrau eines Managers der Firma vergewaltigt hatte, die aussagte, daß sie ihn nicht identifizieren, aber „seine Stimme erkennen“ könnte. Long wurde von einer Jury verurteilt, die ausschließlich aus Weißen bestand; 7 davon waren Angestellte von Cannon.

In einem Land, dessen Strafrecht, Polizei und Strafvollzugssystem von Ideologien und der Praxis des Rassismus durchsetzt sind, stehen die oben genannten Fälle nur beispielhaft für Tausende ähnlicher Fälle in den USA.

So sieht z. B. Delbert Tibbs, ein sechszwanzigjähriger schwarzer Dichter und Theologiestudent aus Chicago, einem zweiten Prozeß in Florida entgegen, in dem es um sein Leben geht, da er zu Unrecht eines Sexualmordes beschuldigt wird. Das Verbrechen wurde begangen, während er sich 200 Meilen vom Ort des Geschehens entfernt aufhielt. Seine Verurteilung durch eine ausschließlich weiße Jury erfolgt auf Grund so fadenscheiniger Zeugenaussagen, daß die nächsthöhere Instanz den Fall einstellte. Trotzdem versucht der Staat, ihn unter derselben Anklage und mit denselben Zeugenaussagen erneut vor Gericht zu stellen.

In der gesamten Geschichte der Vereinigten Staaten wurden bisher Tausende von Schwarzen wegen Vergewaltigung hingerichtet. Dagegen gibt es in der Geschichte der Vereinigten Staaten keinen einzigen Fall, in dem ein Weißer wegen Vergewaltigung einer schwarzen Frau hingerichtet worden wäre.

In New Jersey wird George Merritt, ein junger schwarzer Arbeiter, demnächst zum dritten Mal vor Gericht stehen. Er wird unberechtigt wegen Mordes angeklagt, obwohl die Gerichte schon zwei Schuldsprüche wegen Mangels an Beweisen und Zusammensetzung der Jury nach rassistischen Gesichtspunkten revidieren mußten. George Merritt wird des Mordes an einem Polizisten beschuldigt, der 1967 einen siebzehnjährigen schwarzen Jugendlichen während einer Zeit verstärkter Rassenunruhen erschossen hatte. Die einzige Zeugenaussage stammt von einem Drogenabhängigen mit einem erwiesenermaßen stark verminderten Sehvermögen, der George Merritt aus zweihundert Meter Entfernung „identifizierte“.

Außerdem wird es für die Opfer immer schwieriger, vor den Gerichten ihr Recht durchzusetzen. Anwälte, die für die Durchsetzung der Rechte des Volkes eine wichtige Rolle spielen, wie Lennox Hinds, der Vorsitzende der Nationalkonferenz der Schwarzen Anwälte (National Conference of Black Lawyers), — der auch George Merritt und die „Zehn von Wilmington“ verteidigt — und Gerry Paul (der Anwalt von Delbert Tibbs) werden mit dem Ausschuß aus dem Anwaltsstand bedroht, weil sie in der Verteidigung ihrer Klienten aufrichtig und berechtigterweise kritisch dem Gerichtswesen gegenüber auftraten.

Nahezu zehn Milliarden Dollar werden jährlich von Landes- und Bundesregierungen und lokalen Verwaltungen ausgegeben, um gegen sogenannte „Straffällige“ gerichtlich vorzugehen. Jeden Tag befinden sich mehr als 1,5 Millionen Männer im Alter von über zwölf Jahren (das sind 2 Prozent der erwachsenen Bevölkerung) in Untersuchungshaft, im Gefängnis oder sind auf Bewährung freigelassen. Hunderttausende von Schwarzen, amerikanischen Indianern, Amerikanern mexikanischer Herkunft, Chicanos, Puertorikanern, Amerikanern asiatischer Herkunft und Lateinamerikanern werden täglich in Gefängnisse gepfercht. Viele von ihnen haben sich keines Verbrechens schuldig gemacht, vielen wird die Kautions- oder anderen ein ordentlicher Rechtsbeistand verweigert, und viele werden zu langen Haftstrafen verurteilt für Vergehen, die bei Weißen und Wohlhabenderen zu kürzeren Strafen oder Strafaussetzung führen.